

Bezugspreis:
Bieteljährlich 60.— M., monatlich 5.— M.
frei ins Haus, portofrei zahlbar. Post-
bezug: Monatslich 20.— M., einjährig 240.—
M., halbjährig 120.— M., einsemestrig 60.—
M., vierteljährig 30.— M., dreimonatlich 15.—
M., monatlich 5.— M., wöchentlich 1.— M.
Inland und Ausland 72.— M., für
das übrige Ausland 72.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Kringarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagzeilige Reklamagesam-
lung kostet 7.— M. „Kleine Anzeigen“
das halbdruckte Wort 1.— M. (zu-
läufig zwei halbdruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.50 M. Stellenanzeigen
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnement Zeile 4.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgebühr.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 27. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Reparationsbesprechungen.

Gestern vormittag um 11 Uhr fand in der Reichskanzlei eine Besprechung statt, in der Dr. Rathenau vor den beteiligten Ressorts über die Ergebnisse seiner Londoner Reise berichtete. Auch der Reichsbankpräsident Havenstein war anwesend. Nachmittags um 5 Uhr fand eine Kabinetts-sitzung statt, in welcher Dr. Rathenau gleichfalls Bericht erstattete.

Die Beratungen werden in einer Ressortbesprechung am Dienstag vormittag und in einer Kabinetts-sitzung Dienstag nachmittags fortgesetzt werden. Eine schriftliche Beantwortung der letzten Note der Reparationskommission wird in den nächsten Tagen noch nicht erfolgen. Die Beratungen über die Antwort werden in den nächsten Tagen in Fühlung mit der Reparationskommission fortgesetzt werden.

Sicherstellung der Ausfuhrabgabe.

Berlin, 25. Dezember. (WTB.) Der Zahlungsplan zum Ultimatum vom 5. Mai 1921 sieht vor, daß die Erträge einer Abgabe von 25 Proz. auf den Wert aller Ausfuhr an das Garantiefomitee abgeführt werden. Dem Exporteur soll der Gegenwert der Abgabe von der deutschen Regierung in deutscher Währung ersetzt werden.

Unabhängig davon waren von der deutschen Regierung Maßnahmen getroffen, um den Zustrom von Exportdevisen aus der deutschen Ausfuhr bei der Reichsbank sicherzustellen. Die getroffenen Maßnahmen hatten den beabsichtigten Erfolg gehabt, daß das Garantiefomitee zunächst auf der Forderung der unmittelbaren Erhebung der 25prozentigen Abgabe von der Ausfuhr nicht bestand, sondern die 25-Proz.-Vorschrift nur als Maßstab für die Höhe der Leistung angesehen wurde, daß aber die Art der Auf-

bringung des Betrages und der Devisen der deutschen Regierung überlassen bleibt. Aus Anlaß der in dieser Frage geführten Verhandlung hat jedoch das Garantiefomitee die Forderung aufgestellt, daß die vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung in Verbindung mit den Außenhandelsstellen getroffene Maßnahme zur Abfuhr von Exportdevisen auf eine besondere gesetzliche Grundlage gestellt werde und daß weiter durch ein besonderes Gesetz die deutsche Regierung in die Lage versetzt werde, die Vorschriften des Zahlungsplanes über die unmittelbare Erhebung der 25prozentigen Abgabe tatsächlich zur Durchführung zu bringen, falls das Garantiefomitee dies als notwendig betrachten und ein entsprechendes Verlangen stellen sollte. Die Erfüllung dieser beiden Forderungen ist dem Garantiefomitee von der deutschen Regierung zugesagt worden. Zwei Gesetzentwürfe, die die Forderung erfüllen sollen, sind dem Reichsrat zugegangen. Der erste der beiden Gesetzentwürfe sieht vor, daß die Bewilligung zur Ausfuhr von Waren nur unter der Bedingung erteilt wird, daß der Ausfuhrwert in Auslandswährung dem Reich zur Verfügung gestellt wird. Der zweite Gesetzentwurf enthält die Ermächtigung, für die Reichsregierung anzuordnen, daß zur Erfüllung der deutschen im Zahlungsplan auferlegten Zahlungsverpflichtung bei der Ausfuhr von Waren nach hochvalutarischen Ländern 25 Proz. des Wertes der Ausfuhr als Abgabe gegen Erstattung des Gegenwertes unmittelbar erhoben werden.

Beide Gesetze haben hiernach im wesentlichen formale Bedeutung. Das erste Gesetz soll an dem tatsächlichen Gange der Devisenerfassung, wie er zurzeit geregelt ist, nichts ändern, das zweite Gesetz lediglich der Reichsregierung die Möglichkeit geben, die im Londoner Ultimatum vorgesehene 25prozentige Abgabe im Bedarfsfalle durchzuführen, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte.

Zur Frage der Einigung.

Der bevorstehende Parteitag der Unabhängigen in Leipzig hat unserer Parteipresse einen Anlaß geboten, die Frage der Wiedervereinigung lebhaft zu erörtern. Bei der außerordentlichen Bedeutung dieses Gegenstandes scheint es uns angebracht, einige der interessantesten Stimmen hier wiederzugeben.

Das „Hamburger Echo“ läßt den starken Wunsch auf die Wiederherstellung der Einigkeit erkennen, aber sein Vertrauen, daß sie in naher Zeit möglich sei, ist nicht groß. Es schreibt, nachdem es eine Reichskoalition mit der Deutschen Volkspartei wegen der scharfen Gegensätze in der Steuerfrage abgelehnt, das folgende:

„Weit näher als der Gedanke einer Koalition mit der immer noch in privatkapitalistischer Interessenwahrnehmung befangenen „Volkspartei“ steht uns daher auch heute noch die Wiedervereinigung mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die in der zweiten Woche des neuen Jahres Jahres ihren Parteitag abhält, auf dessen Verlauf man gespannt sein darf. Es wäre sicher vielen Mitgliedern der USPD angenehmer, wenn ihre ganze Partei den Uebertritt zur SPD. beschließen würde, statt daß sie einzeln den Weg zurück suchen müssen. Aber auch hier liegen noch Hindernisse im Wege, die sich nicht so leicht überwinden lassen. Man braucht nur an die Unverhältnlichkeit solcher Führernaturen wie Crispian und Ledebour zu denken. Dazu kommt die Schwierigkeit der Verschmelzung zweier Parteiapparate, die sich jahrelang aufs bitterste, wenn auch aus unantastlichen Bekämpfung haben. Wir müssen auch hier noch etwas Geduld haben, und es ist schon viel erreicht, wenn es uns, wie bei der Lösung der internationalen Konflikte, in diesem Konflikt innerhalb unserer Arbeiterbewegung gelingt, neuer Feindschaft die Spitze abzubrechen.“

Die „Westfälische Allgem. Volksztg.“ in Dortmund kommt in einem Aufsatz über „Probleme der USPD.“ zu diesem Ergebnis:

„Wenn man die unabhängigen Pressestimmen und Beschlüsse zum Leipziger Parteitag liest, dann scheint es fast, daß die seit Halle zweifellos gesteigerte Einigungsmöglichkeit keine Förderung erfahren wird. Auf Bedingungen, die Koalitionspolitik grundsätzlich abzuschwören, oder gar das unklare und lausichurartige Leipziger Aktionsprogramm als Grundlage anzunehmen, kann sich die Sozialdemokratie nie einlassen. Das Volk erwartet von uns praktische Arbeit, wir können keine Disziplinpolitik treiben, sondern haben die Pflicht, an der Besserung der Verhältnisse tätigen Anteil zu nehmen. Und solange wir aus eigener Kraft, getragen vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes, nicht allein die Regierung übernehmen können, wird es nicht ausbleiben, daß wir um des größeren Einflusses halber auch in die Regierung mit bürgerlichen Parteien gehen müssen.“

Wollen die USPD-Führer diese Notwendigkeit nicht einsehen, nun, die Tatsachen beweisen, daß bei den Massen der Hand- und Kopsarbeiter diese Erkenntnis immer mehr durchdringt. Und diese Tatsache gibt uns auch die Gewißheit, daß die Einigung auf dem Wege ist. Unser Wunsch aber ist, daß sie mit der USPD. zustande kommt und nicht trotz ihrer, weil u. U. Lehrgeld gerade genug bezahlt ist.“

Die „Freie Presse“ in Eberfeld erzählt von dem kunterbunten Treiben der Kommunisten und Syndikalisten im Wuppertal, die einen „Expropriationsausschuß“ einsetzten, der „bereit sein muß, wenn die neue Revolution kommt“. Sie sagt mit Recht, daß der Kapitalismus solche Vorbereitungen nur von der kommunistischen Seite nimmt und daß Sozialdemokraten sich an solchen Kindereien nicht beteiligen können. Daß die Unabhängigen aber mit diesen Elementen immer wieder gemeinsame Sache machten, sei ein Haupthindernis für die Einigung. Das Blatt fährt dann fort:

„Die ganze Einigungsfrage ist nicht zuletzt eine Frage der Unabhängigen Partei. Von ihrer Entscheidung hängt es ab, ob wir schrittweise zur Einigung kommen werden. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß der größte Teil der unabhängigen Partei diesen Weg wählen wird. Wenn immer wieder Schwierigkeiten auftauchen, so ist das das Werk gewisser Drahtzieher in den Reihen der USPD. Das beste Beispiel dafür ist die in Eberfeld und Barmen im Juli d. J. abgeschlossene Arbeitgemeinschaft zwischen der SPD. und USPD. Der Wunsch nach einer solchen Arbeitgemeinschaft, die die Kommunisten ausschloß, kam aus den Reihen der Mitglieder, und mit Hoffnung hatten sie den Arbeitgemeinschaftsvertrag begrüßt, der nicht nur den gegebenen Zustand zwischen der SPD. und der USPD. in Paragraphen brachte, sondern auch für Aktionen, die die ganze Arbeiterbewegung angehen, eine allem Anschein nach haltbare Grundlage abgab. Welche Erfahrungen haben wir mit diesem Vertrag gemacht? Wir, die wir für uns unbestritten in Anspruch nehmen können, vertretbar geblieben zu sein, haben erleben müssen, wie es ein gewisser Einfluß fertig brachte, daß bei Genossenschaftswahlen und bei den Wahlen in den Gewerkschaften Kommunisten und Unabhängige gemeinsam gegen die SPD. vorgingen.“

Daß ein sehr großer Teil der unabhängigen Mitgliedschaft damit nicht einverstanden ist, wissen wir. Man erträgt es eben, ist mit diesem Spiel aber keineswegs einverstanden. Hoffentlich ist man gerade im Interesse einer Einigung der Arbeiterschaft während

Der Streit um die U-Boot-Tonnage.

Paris, 25. Dezember. (WTB.) „Journal des Debats“ veröffentlicht eine Meldung aus Washington, nach der Balfour dem französischen Delegierten Sarraut auf die Weigerung Frankreichs, eine Tonnanzahl von weniger als 90 000 Tonnen Unterseeboote anzunehmen, erklärte, diese Forderung bedeute eine Drohung für Großbritannien. Sarraut protestierte gegen diese Auffassung und wies auf den defensiven Standpunkt des pazifistischen Frankreich hin.

Paris, 26. Dezember. (WTB.) Aus Washington meldet Havas nach über die Sitzung des erweiterten Fünfzehner-Ausschusses vom 24. Dezember: Balfour erklärte in seiner Antwort auf die amerikanischen Vorschläge, daß Großbritannien die Tonnanzahl der U-Boote, die ihm zugesprochen sei, annehme.

Admiral De Bon (Frankreich) sagte, daß 90 000 Tonnen ein Minimum für den Bestand von Unterseebooten für jedes Land bilde, das diese Art Schiffe zu verwenden wünsche, und daß eine Herabsetzung unter diese Zahl einen Verbot, Unterseeboote zu bauen, gleichbedeutend sei. Frankreich könne deshalb die vorgeschlagenen 31 000 Tonnen nicht annehmen. Er müsse darüber an seine Regierung Bericht erstatten.

Schanzer erinnerte daran, daß Italien den Grundsatz der Gleichheit mit allen Mittelmeerstaaten erwarte unter der Bedingung, daß das gemeinsame Minimum durch die Verteidigungsbedürfnisse begründet sei. Falls Frankreich die 31 000 Tonnen annehme, nehme Italien gleichfalls diese Zahl an, unter die er nicht herabgehen könne, ohne von seiner Regierung Anweisung zu haben.

Hara betonte, daß 54 000 Tonnen Unterseeboote zur Verteidigung des japanischen Archipels erforderlich seien. Er könne deshalb den amerikanischen Vorschlag von 31 000 Tonnen nicht annehmen und bleibe bei 54 000 Tonnen, selbst wenn die Vereinigten Staaten auf 60 000 Tonnen herabgingen.

Die Diskussion wurde auf Dienstag vertagt.

Wiederaufrüstung der Landabrüstungsfrage?

Baltimore, 26. Dezember. (WTB.) Laut „Sun“ herrscht in gewissen Kreisen der Washingtoner Konferenz der Eindruck vor, daß Staatssekretär Hughes beabsichtige, auf die Frage der Abrüstung zu Lande zurückzukommen, nachdem die Frage der Abrüstung zur See geregelt sei.

Französisches Urteil über Poincaré.

Paris, 26. Dezember. (WTB.) Die linksbürgerliche „Ere Nouvelle“ weist darauf hin, daß Poincaré unbedingt daran festhalten sollte, daß die Interessen Europas mit denen Frankreichs in Widerspruch stehen. Nach Poincaré könne sich der Wiederaufbau Frankreichs nur vollziehen durch den Ruin Deutschlands. Für seinen patriotischen Appell brauche er nicht den Ruhm einer Arbeit, aus der der Sieger wie der Besiegte Vorteile ziehen könne, sondern das Pfund Fleisch des Schyloids.

Die Saargrenzen endgültig festgelegt. Am 21. Dezember sind in der Schlussung der Grenzkommission für das Saargebiet die Schlussurkunden über die Abgrenzung des Saargebietes unterzeichnet worden.

Französischer Kommunistenkongress.

Marseille, 25. Dezember. (WTB.) Hier wurde heute der erste Kongress der französischen kommunistischen Partei eröffnet, 350 Delegierten nahmen an ihm teil.

Marseille, 26. Dezember. (WTB.) In der gestrigen Sitzung des ersten Kongresses der kommunistischen Partei wurde der Antrag gestellt, eine kommunistische Studienkommission einzusetzen, die den Wirtschaftsrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT.) ersetzen soll. (Die Gewerkschaftsfrage dürfte überhaupt eine wesentliche Rolle auf dem Kongress spielen, weil sich die Beschlüsse des letzten Internationalen kommunistischen Kongresses mit dem traditionellen Unabhängigkeitsbedürfnis der französischen Gewerkschaften von jeder parteipolitischen Einstellung nicht vertragen. Red.) Verschiedene Delegierte übten Kritik an der Führung der Partei. Der Parlamentsfraktion der Partei wurde vorgeworfen, daß sie noch nicht vom kommunistischen Ideal durchdrungen sei. Ein aus Moskau zurückgekehrter Delegierter forderte den Kongress im Namen der Exekutivkommission von Moskau auf, sich nicht persönlichen Polemiken hinzugeben.

In früheren Jahren war ein französischer Arbeiterkongress ein auch für die deutsche Arbeiterklasse wichtiges Ereignis. Die kommunistische Partei Frankreichs hat aber im ersten Jahre ihrer Existenz jedes Recht verlohren, ernst genommen zu werden. Diese ganze Partei ist eine einzige große Farce. Sie ist aus der Sucht einzelner Streber entstanden, die bisherigen Führer der französischen Arbeiterbewegung zu verdrängen und selbst eine prominente Rolle zu spielen. Es ist ihnen aber seit der Spaltung von Tours nur gelungen, die Bourgeoisie zu stärken und sich selbst lächerlich zu machen. Die in letzter Zeit hervorgetretenen Diktatorgehalte einzelner, beim Moskauer Exekutivkomitee besonders gut angegründeten Männer haben innerhalb der Partei heftige Opposition hervorgerufen, die besonders auf dem Seine-Bezirkstag zum Ausdruck kam. Die französische KP. macht gegenwärtig eine ähnliche interne Krise durch wie die deutsche, und sie wird sich davon ebenso wenig wie diese erholen.

In Wirklichkeit gibt es in Frankreich gar keine Kommunisten. Die sich so nennen, sind entweder gute Sozialisten, die ihrer sozialen Organisation treu geblieben sind, als diese sich nach Tours für „Moskau“ erklärte, oder sie sind Anarchisten, denen zwar der Mut zur Tat fehlt, deren Temperament aber die Aussichten eines mäßigen Ringens mit dem Kapitalismus, eines schrittweisen Fortschreitens im Kampfe für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft nicht verträgt. Von den einzelnen „Führern“ wollen wir lieber gar nicht reden. Mit Ausnahme einiger Idealisten und Phantasten, die es in jeder kommunistischen Partei gibt, befinden sie sich zum Teil in absoluter materieller Abhängigkeit von Moskau. Wir sind aber bereit, wenn das Organ der deutschen Kommunisten etwa diese vorläufig absichtlich allgemein gehaltene Behauptung zurückweisen sollte, zur Erbauung der deutschen Arbeiterklasse die führenden Köpfe des französischen „Kommunismus“ etwas größer zu beleuchten.

Ein Sowjet-Konsulat in Stettin. In Stettin soll demnächst, laut Dena, ein Konsulat der russischen Sowjet-Regierung eröffnet werden. Gleichzeitig soll das deutsche Konsulat in Petersburg seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

der Leipziger Tagung nicht so tolerant, d. h. konzessionsfähig, und läßt sich nicht in die Sackgasse einer unabhängigen kommunistischen Arbeitsgemeinschaft treiben.

Eine recht zuverlässige Stimme kommt dagegen aus Bayern, von der „Frankischen Volkstribüne“ in Hof. Da heißt es:

Ist also die Einigung nur auf zentraler Grundlage zu erreichen, so muß von den Zentralstellen nunmehr endlich der erste Schritt dazu getan werden. Vom Parteitag der USPD. hängt gleichfalls sehr viel ab. Die Kommunisten scheiden bei der Einigungsfrage wohl vorderhand aus. Aber mit der USPD. muß es nunmehr möglich sein, zu einer Annäherung zu gelangen.

Der Waffenstillstand ist bereits angebrochen, nun aber darf es kein Zögern mit den Friedensverhandlungen geben. Den Vurus von Wahlkämpfen gegeneinander können sich beide Parteien nicht mehr leisten, ebenso wenig wie den Vurus von Parteiblättlern mit zwei verschiedenen Richtungen. Sehen wir haben und drüben ein, daß wir nicht allein auf der Welt sind, dann werden wir dem Ziele, eine große einige Kampforganisation zu schaffen, sehr bald nahe sein.

Die „Volkstimme“ für Halle weist auf die scharfen Gegensätze innerhalb der USPD. hin und meint dann: „Wie unter diesen Umständen fruchtbar Arbeit im Sinne des Einigungsgedankens geleistet werden soll, läßt sich nicht voraussehen. Der Widerspruch innerhalb der USPD. ist eben so groß, daß jede positive Leistung größeren Stils an ihm zerbrechen muß. Daß dieser Widerspruch in Leipzig nicht ausgeglichen werden kann, sondern sich nur in der Hitze des zusammengeballten Parteitagkampfes noch vergrößern wird, läßt sich ohne große Schwierigkeit voraussehen. Ein Gutes dürfte dabei allerdings herauspringen, und das ist das Einsehen des geistig Überlegenen rechten Flügels, daß ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit den Reuten von Crispian und Ledebour in fährlicher Stellung auf die Dauer nicht möglich ist. Wenn die Hilferding-Gruppe zu dieser Erkenntnis kommen und daraus die erforderlichen Konsequenzen ziehen sollte, so wäre der Einigung des Proletariats dadurch insofern gedient, als dem Zusammenschluß des rechten USPD-Flügels mit der Sozialdemokratischen Partei kaum noch Schwierigkeiten im Wege stehen würden.“

Die Leipziger „Freie Presse“ schließlich sieht in der geplanten internationalen Konferenz, die die Parteien der Internationalen 2 und 2 1/2 vereinigen soll, einen kleinen Hoffnungskeim, im übrigen äußert sie sich recht pessimistisch: „Als die „Freiheit“ vor der großen Berliner Generalversammlung ihren Einigungsartikel brachte, lehnte ihn die Generalversammlung scharf ab und erklärte, daß die USPD. nach wie vor auf dem Boden der Diktatur stehe. Das war nicht nur eine völlige Ablehnung jedes Einigungsgedankens, sondern auch ein Rückfall in die bolschewistischen Zeiten der USPD. Nach allem ist kaum damit zu rechnen, daß der bevorstehende unabhängige Parteitag in Leipzig in positiver Weise Stellung nehmen werde. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die USPD. sich nicht nur anschließt, sich ein neues Programm zu geben, sondern auch die Organisationsverfassung neu zu ordnen sich anschickt, also darauf aus ist, die Partei zu konsolidieren. Das muß aber natürlich von der Einigungsfrage absehen. So scheint es denn, als ob für die beiden sozialdemokratischen Parteien in Deutschland die Einigungsfrage noch in weiter Ferne liege.“

Alle diese Pressestimmen, denen noch zahlreiche ähnliche hinzugefügt werden könnten, stimmen darin überein, daß eine Einigung möglich wäre, wenn die USPD. nicht einen linken Flügel hätte, wenn vielmehr die Ledebour und Crispian ebenso dächten wie die Hilferding und Breitscheid. Auch wir sind der Meinung, daß der Fortschritt des Einigungsgedankens sich gleichmäßig bewegt mit dem Fortschritt der grundsätzlichen Klärung in der USPD. Aber da diese grundsätzliche Klärung für die Einheit der USPD. ebenso gefährlich ist wie sie förderlich ist für die Einheit der proletarischen Arbeiterbewegung im ganzen, wird man vom Leipziger Parteitag eine große Tat, die uns der Einigung näherbringt, nicht erwarten können.

Arbeitslos.

Die Winterkälte leuchtet. Kinder laufen aus den dunklen Häuserfluren. Mädchen mit langen Zöpfen, springen, lachen. Ihre Kreisel leuchten wie die bunten Blumen.

Auch der Gaul vor'm Wagen wendet seinen Kopf dem Dichte zu und schüttelt wohligh seine lange Mähne.

Ich aber stehe mit leeren Händen. Wollen die Sorgen kommen? Ich werfe den Kopf zurück und schleiche meine Augen im Dicht und gehe, und lache, und weiß, daß es gezwungen ist.

Ich habe nichts mehr, was mein Eigen ist. Aus meinen Augen wachsen die Buchstaben: „Schulden“ wie grell flackernde Blitze.

Mich begleitet ein ungestümes, zitterndes Verlangen, das meine Nerven spannt zum Davonrennen.

Flammen! Flammen!

Die letzten verglimmen zu einem Häuflein Asche bitterer Enttäufung.

Nachdem noch gehe ich durch diesen Winter ohne Sprache, ohne Lied und Erfindung, hart und groß.

Wohin. Hinter geschlossenen Augen verfliegen Träume in endlose Nacht. Ich halte den Traum in meinen Händen.

Wie lange noch!... Warum?

Welt!

Reich!

Bis der kalte Regen zusammenstürzt, ein Häuflein Hilflosigkeit, — gelberben.

Heinrich Rohlfsoat.

Ein Gelehrtenhimmel. Es gab einen Gelehrten, der als der „große Stern, der den ganzen Himmel verstand“ schon zu Lebzeiten weltberühmt und doch völlig mittellos war. Dieser Gelehrte war der heute vor 350 Jahren geborene Begründer der neueren Astronomie Johannes Kepler. Seine Mutter war, als Hege angeklagt, in Ketten gestorben. Er selbst „wollte lieber hungern, als abfallen von der Augsburgischen Konfession“. Infolgedessen wurde er bei den Religionsverfolgungen in Weiermarkt 1600 aus Graz, wo er Lehrer der Mathematik war, vertrieben. Diefer Umstand veranlaßt er seine ruhmvolle Laufbahn, denn nun berief ihn Tycho de Brahe als Gehilfen nach Prag, und bereits im Jahre 1601 wurde er von Kaiser Rudolf als Nachfolger angestellt. In den folgenden drei Jahrzehnten machte er dann mit den verschiedensten Hilfsmitteln seine grundlegenden Entdeckungen: die drei Keplerschen Gesetze, denen die Bewegungen der Körper unseres Sonnensystems unterworfen sind. Sie lauten: 1. Die Planeten bewegen sich in Ellipsen, in deren einem Brennpunkt die Sonne steht; 2. die Verbindungslinie zwischen dem Mittelpunkt der Sonne und dem des Planeten umkreist in gleichen Zeiten gleiche Flächen; 3. die Quadrate der Umlaufzeiten verhalten sich wie die Kuben der mittleren Entfernungen von der Sonne. — In seiner „Weltharmonik“ und in „Keplers Traum“ hat er in klaren Worten versucht, astronomische Wahrheiten mit den Gebilden einer weltlich aussehenden Phantasie zu verbinden. Wenn

Wahrheit und Umdichtung.

Die „Freiheit“ erzählt Weihnachtmärchen.

Die Politik sollte eigentlich immer mit der Wahrheit gehen, bei der „Freiheit“ ist sie in den jüngsten Nummern einige Male mit dem Agitationsbedürfnis durchgegangen. W sehen wenig Gewinn in Auseinandersetzungen zwischen mehrheitssozialistischen und unabhängigen Blättern, dieser Grundlag kann aber doch nur gelten, wenn er beiderseitig angewandt wird.

In ihrer Weihnachtsnummer behauptet die „Freiheit“, daß sich die alte Sozialdemokratie noch kurz vor dem 9. November „in Massenflugblättern für die Monarchie ausgesprochen“ habe. Das ist unwahr!

Wahr ist, daß der „Vorwärts“ während des Krieges einmal einen Artikel veröffentlicht hat, der sich mit dieser Frage beschäftigte. Damals hatte die Entente gedroht, sie werde so lange Krieg führen, bis Deutschland eine Republik geworden sei. Der „Vorwärts“ hat daraufhin betont, daß die Staatsform Deutschlands eine innere Angelegenheit und unsere Sache sei, nicht die der Entente. Diese wolle damit nur ihre wahren Kriegsziele verschleiern. —

In der Heiligabendnummer beschäftigt sich die „Freiheit“ mit der blutigen Matrosenweihnacht 1918. Sie bemüht dabei die Quellen nicht vollständig. Richtig ist, daß vom preußischen Finanzministerium aus an die Staatsregierung, an die Volksbeauftragten und an Moske ein umfangreiches Schreiben ging, in dem unter anderem die politische und vollständige Entfernung der Matrosenabteilung aus dem Schloß und aus dem Marstall verlangt wurde. Die „Freiheit“ zitiert auch richtig, wenn sie nachdrückt:

„Nicht lange vor Weihnachten wurde in einigen Ministerzimmern des preußischen Finanzministeriums der Gedanke erörtert, bestimmten Regierungstruppen Grundrisse und Zimmerkarten auszuhändigen, damit sie einen unermuteten Ueberfall auf die Matrosenbesatzung mit Erfolg durchführen könnten.“

Dabei verschweigt sie aber, daß diese „einigen Ministerzimmer“ das Zimmer des unabhängigen Ministers war, und daß es her unabhängig Minister war, der das oben zitierte eilige und feierliche Hilfegebet an Moske usw. unterschrieb!

Wir haben die „Freiheit“ schon vor einigen Monaten einmal auf diesen Tatbestand hingewiesen. Auch damals hielt sie es für richtig, die ganze Wahrheit nicht zu sagen. Nachdem sie dies jetzt wiederholt, finden wir uns damit ab: sie verschweigt wohl die Wahrheit, weil sie es aus agitatorischen Gründen für vorteilhaft hält.

Soziale Neuregelungen.

Der Reichstag hat am 14. Dezember 1921 das Gesetz, betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, und das Gesetz über die Versicherungspflicht, Versicherungsberedigung und Grundhöhe in der Krankenversicherung, sowie am 17. Dezember 1921 das Gesetz, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, beschlossen.

Durch das Wahlgesez wird die Frist für die Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts und der Landesversicherungsämter, der Ausschuss- und Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalten, der Versicherungsvertreter für die Unfallversicherung sowie der Besitzer der Versicherungsämter und der Oberversicherungsämter längstens bis zum Schluß des Kalenderjahres 1922 erstreckt.

Durch das zweite Gesetz ist die Verdienstgrenze für die Krankenversicherungspflicht der im § 165 Abs. 1 Ziffer 2 bis 7 der Reichsversicherungsordnung Bezeichneten von 15 000 auf 40 000 Mark, die Einkommensgrenze für den Eintritt in die freiwillige Versicherung (§ 176 der Reichsversicherungsordnung) von 2500 auf 40 000 Mark erhöht worden. Die Bestimmungen für den Uebertritt Weiterversicherter (§ 313 der Reichsversicherungsordnung) in höhere oder niedere Lohnklassen sind geändert

worden. Ferner ist der gesetzliche Höchstbetrag für den Grundlohn von 24 auf 40 Mark und der fahungsmäßig zulässige Höchstbetrag von 30 auf 80 Mark heraufgesetzt worden. Alle Bestimmungen treten am 1. Januar 1922 in Kraft.

Durch das am 17. Dezember 1921 beschlossene Gesetz ist der Mindestbetrag des Stillgeldes für versicherte Wöchnerinnen (§ 195a der Reichsversicherungsordnung) auf 4,50 Mark täglich festgesetzt worden. Auf den gleichen Betrag ist das Stillgeld bei der Familienwochenhilfe (§ 205a der Reichsversicherungsordnung) und der Wochenfürsorge für minderbemittelte Wöchnerinnen heraufgesetzt worden. Die Einkommensgrenze für das Minderbemitteltsein bei der Wochenfürsorge beträgt nunmehr 15 000 Mark jährlich.

Die Zulagen in der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat am 17. Dezember ein Gesetz über Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz bringt wesentliche Erhöhungen der Zulagen. Vorteile, welche die Hälfte oder mehr ihrer Erwerbsfähigkeit verloren haben, und die Empfänger von Hinterbliebenen- und Angehörigenrenten werden durch die neuen Zulagen so gestellt, als ob ihre Rente nach einem Jahresverdienst von 12 000 M. (bei Unfällen landwirtschaftlicher Arbeiter: von 8100 M.) berechnet würde. Die neuen Zulagen sollen vom 1. Januar 1922 an gezahlt werden. Da aber ihre Anweisung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, so werden die bisherigen Zulagen noch bis zum 31. März 1922 weitergezahlt und auf die neuen Zulagen angerechnet.

Die „arbeitsunlustigen“ Bergarbeiter.

Preknotizgen aus den letzten Tagen besagen, daß die deutsche Eisenerzeugung gefährdet sei, weil angeblich wegen Kohlen- und Koks-mangel 20 bis 25 Hochofen abgeblasen werden müssen. Dazu wird uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt, daß dies vertriebenen Angriffe auf die Bergarbeiter durchaus unzutreffend sind. Die Dinge liegen vielmehr so:

Die Entwertung der Mark brachte für die Metallindustrie gewaltige Aufträge, so daß die Produktion von Roheisen den gesteigerten Anforderungen nicht zu folgen vermochte. Nachdem die erforderlichen Rohelenaufträge aufgebraucht waren, wurde die Kalamität besonders groß. Trotzdem die Leistung sowie die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen gesteigert wurde, genügt die erzeugte Rohelismenge nicht zur Bedarfsdeckung. Die Eisenerzeuger bemühen diese Umstände in der Sitzung des Rohelenausschusses am 29. November zu einem Vorstoß gegen die Bergarbeiter, die es in der Hand hätten, durch Ueberlichkeiten mindestens 5 Proz. Kohlen mehr zu fördern, wenn sie nicht arbeitsunlustig wären. Eine solche Mehrförderung von Kohlen würde gestatten, weitere 15 bis 20 Hochofen anzublasen, und die Rohelienproduktion zu steigern. Die Arbeiter- und Angestelltenvertreter wurden von den Industriellen aufgefordert, ihrerseits auf die Bergarbeiter einzuwirken, um die Arbeitsunlust zu beseitigen.

Herr Wieber, Vorsitzender des Christlichen Metallarbeiterverbandes, stieß kräftig in dieses Unternehmerhorn, und auch der „Hirsch“ konnte sich der „beweissträchtigen“ Argumente der profitierenden Unternehmer nicht ganz entziehen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften mußten allein die Aufgabe übernehmen, die Deffektivität vor einer neuen Irrführung und die Bergarbeiter vor Beschimpfung zu bewahren. Sie wiesen nach, daß von einer Entlassung der Hochofen infolge von Kohlenmangel keine Rede sein kann, daß vielmehr die plötzlich und riesenhaft gewachsenen Anforderungen an die Rohelienproduktion den momentanen Eisenmangel verursachen.

Erhöhung der Haftkosten. Im Einverständnis mit dem Finanzminister wird, wie die VBR hören, vom Preussischen Minister des Innern verfaßt, daß vom 1. Januar 1922 ab der Haftkostenatz für die eine Zuchthaus-, Gefängnis- oder Haftstrafe verhängenden Verurteilten sowie für die Untersuchungs-, Zivildienst- und Vollzugsanstalten auf 15 M. für die Festungshaftgefangenen auf 10 M. für den Tag erhöht wird.

Seine dichtende Seele dabei von Irrtümern und Schwärmerci auch nicht völlig frei blieb, müssen diese Werke doch den größten und erhabensten Schöpfungen des menschlichen Geistes beigezählt werden. Und ihr Verfasser hungerie buchstäblich! — Bei der oben erwähnten Ausreibung aus Graz hatte seine begüterte Frau ihr ganzes Vermögen verloren. Ihm selbst wurde sein an sich schon geringes Gehalt nie regelmäßig ausgezahlt. So geriet er in bitterste Not und mußte, um nur das trodene Brot für sich und seine Familie zu schaffen, sogar zu astronomischen Wagnisgeheimen seine Zuflucht nehmen. Um diesem Elend ein Ende zu machen, entschloß er sich endlich, in Regensburg vor Kaiser und Reich seine Forderungen geltend zu machen, starb aber, kaum dort angeiangt, am 15. November 1830.

Der Futurismus auf dem Eise. Der neue Kunststil, der von einigen kriechlichen Zeichenbüchern bereits totesagt wird, erobert sich andauernd weitere Gebiete. Auf das Kino und die Kellame folgt jetzt das Ballett, und zwar in der Form der Eislauf-Pantomime. Im Admirals-Palast fand die Uraufführung eines lustigen Spiels „Futuristischer Karneval“ statt, dessen Idee von Leo Bortuschek, dessen Musik von Friedr. Weismann stammt und zu dem kein Geringerer als Rudolf Belling die Kostüme, Dekorationen und Requisiten entworfen hat. Den Rahmen gibt eine Fastnachtfeier der Münchener Künstlervereine, „Der Orkan“ mit der Losung: „Krieg gegen die Kunst von gestern!“ Das Ganze spielt in einem großen Festzug zu Ehren des allen Künstlern heiligen „Jasus“. Vertreter sämtlicher Richtungen vom Naturalismus zum Dada- und Taktinismus huldigen dem Götzen und schlingen um seine phantastische Statue einen wilden Wirbelzug. Ein Schauspiel von unerhörter Farbenpracht und einer hureizenden, verwirrenden und doch in große klare Linien gebannten Abstraktion! Als innerhalb der kubistisch-dadaistisch stilisierten Raumdecoration die leuchtenden Würfel, Kugeln, Pyramiden und grotesken Farbformen sich durcheinanderschlängeln, in Wellenbogen, eleganten Windungen und Haldadlinien über die phantastisch beleuchtete, in der Farbe eines alten Verterteppichs glühende elektrische Haldadlinien — da glaubte man sich dem Irdischen entrückt und in eine Welt höherer und reinerer Schönheit erhoben. Die derbe Burleske „Am Gelpensteschloß“ und das amnütige Puppenspiel „Die Prinzessin von Tragan“, die in neuer Inszenierung dem „Futuristischen Karneval“ voranzugingen, erschienen, mit diesem verglichen, matt und blaß. Der Beifall des ausverkauften Hauses war ehrlich begeistert. Wiederholt hörte man das Urteil: „Für sowas ist der Appretismus geschaffen!“ Wir wollen hoffen, daß dieser sein neuester Erfolg dazu beiträgt, seine Ausdrucksmittel auch in der sogenannten hohen Kunst weiteren Kreisen verständlich und akzeptabel zu machen.

Der 100. Geburtstag von Heines „Gedichten“. Das erste Buch, mit dem Heinrich Heine vor die Deffektivität trat, waren seine „Gedichte“, die zum großen Teil später in die zweite Ausgabe seiner Werke, ins „Buch der Lieder“ übergingen, das ihn unsterblich gemacht hat. Diese „Gedichte“ Heines tragen zwar auf ihrem Titelblatt die Jahreszahl 1822; aber sie sind bereits im Dezember 1821 erschienen, so daß sie in diesen Tagen ihren 100. Geburtstag feiern können. Aus diesem Anlaß hat der Heine-Verlag

Hoffmann u. Campe, Hamburg-Berlin, in dem bekanntlich später alle Werke des Dichters erschienen sind, eine eigenartige „Gedichtergabe“ veröffentlicht, die unter dem Titel „Der Anlauf“ (soeben erschienen) Es sind hier in satzmaschinenreiner Wiedergabe die Zeitschriftennummern aus den Jahren 1817—1821 zusammengestellt, die die ersten dichterischen Veröffentlichungen Heines enthalten. Der stattliche Band umfaßt eine Reihe von überaus seltenen Zeitschriften, die heute wohl kaum noch an einer Stelle zusammen anzutreffen sind. Diese vergilbten Blätter sind aber nicht nur interessant wegen der Heineschen Gedichte, sondern sie lassen uns zugleich die ganze Umwelt erkennen, in der sich der junge Poet durchsetzen mußte, atmen die behagliche Idylle und altväterliche Bescheidenheit des frühen Biedermeiers, und es hat etwas seltsam Kührendes, hier plötzlich einem neuen Ton zu lauschen, der vor 100 Jahren den Deutschen das Lufttauchen des neuen strahlenden Gestirns am Himmel der Dichtung verführt. Zum Schluß wird die Zeilage zu jener Nummer des „Gesellschafters“ wiedergegeben, in der sich die Anzeige von Heines „Gedichten“ befindet.

Leonardo da Vincis Fingerabdrücke. Eine der berühmtesten kunstgeschichtlichen Streitfragen war lange Zeit, ob beide Fassungen der „Fleischmadonna“, die sich im Louvre und in der Londoner Nationalgalerie befinden, eigenhändige Werke Leonardos seien. Da verließen die Engländer, wie in der „Umschau“ erzählt wird, auf einen originellen Einfall: sie beauftragten die Kriminalpolizei mit der „Feststellung der Fälschung“. Und sie waren an die richtige Stelle gekommen. Man weiß nämlich, daß Leonardo, wie Lijian, die Ungewohnheit hatte, beim Malen auf frische Stellen seine Finger zu legen und so auf der Malfläche seine Fingerabdrücke zu hinterlassen. Die von Scotland Yard so hoch ausgebildete Daktyloskopie (Fingerabdruckkunde), die zur Identifizierung der Verdächtigen verwendet wird, konnte also auch auf die Tat Leonardos angewendet werden. Die Sachverständigen der Londoner Kriminalpolizei untersuchten die Fingerabdrücke auf dem Londoner und auf dem Pariser Bilde und stellten fest, daß diese Abdrücke notwendig von derselben Person herrühren müssen. Danach wäre also auch das Londoner Gemälde eine eigenhändige Arbeit Leonardos.

Jedermann sein eigener Trompeter! Ein mechanisches Kornett, das jeder ohne Vorkenntnisse spielen kann, wurde noch englischen Blättermeldungen von dem Soldaten G. weitz erlunden, der zuerst bei der belgischen Befehlsarmee am Rhein Dienst tut. Es hat ein Blasinstrument angefertigt, das äußerlich einem gemöhnlichen Kornett à piston gleicht. Im Innern der Maschine befindet sich in dessen eine Rolle, die genau wie die Notenrollen der selbstspielenden Klavierinstrumente wirkt. Man braucht bloß in das Mundstück zu blasen, um dem Instrument eine Melodie zu entlocken. Das neue Kornett hat nur ein Ventil, und es ist durchaus notwendig, daß während der Dauer jeder Note die Ventillappe niedergedrückt wird. Der Mechanismus und die Papieren sind besorgen dann das übrige, solange dem Instrument durch das Mundstück Luft zuefließt wird. — Wenn diese Erfindung weitere Verbreitung finden sollte, wird jedenfalls die Obertonindustrie einen gewaltigen Aufschwung nehmen.

Das Moskauer Künstlertheater wird bei seiner Reise nach Stambulen in den Deutschen Künstler-Theater noch einige Vorstellungen veranstalten. Das Schauspiel beginnt am 3. Januar.

Demission Berthelots.

Paris, 26. Dezember. (WTB.) Der Generalsekretär im Ministrium des Meeres Berthelot hat Briand gebeten, ihn seiner Funktionen zu entheben.

Unmittelbar anschließend an die Weihnachtsdebatte über die Londoner Konferenz ist die französische Kammer in ihrer Abend-sitzung vom 24. d. M. in die Besprechung der Interpellation über den Antrag der „Banque industrielle de Chine“ eingetreten. Es ist bisher darüber nur gemeldet worden, daß Briand den in dieser Affäre arg kompromittierten Philippe Berthelot in Schutz genommen hat und daß die Debatte auf heute vertagt wurde. Ob Briand die Demission des eigentlichen Sachmannes im Dual d'Orsay annehmen wird, steht also noch dahin. Im Interesse der Reinigung der politischen Atmosphäre Europas, die nicht zuletzt durch die imperialistischen und reaktionären Neigungen dieses bisher allmächtigen Beamten vergiftet wurde, wäre dies sehr zu wünschen.

Der Gewerkschaftskonflikt in Frankreich.

Der Gewerkschaftskongress der Anhänger der Dritten Internationale hat nach einer Pariser Meldung des WTB. eine Tagesordnung angenommen, in der er die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses im ersten Halbjahr 1922 verlangt, zu dem alle Gewerkschaften eingeladen werden sollen, die zur Zeit der Abhaltung des Gewerkschaftskongresses von Bille ordnungsgemäß eingeschrieben waren. Wenn bis zum 31. Januar der Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGT.) die Abhaltung dieses Kongresses nicht bestätigt hat, will der Kongress, der Sonnabend in Paris zu Ende ging, die vorgeschlagene Tagung einberufen und feststellen, daß der Verwaltungsrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes verlagert (?) habe. Ferner wurde beschlossen, einen provisorischen Verwaltungsrat zu ernennen.

Der Ausgang dieses Kongresses bedeutet zunächst, daß die befürchtete Spaltung der französischen Gewerkschaften aufgeschoben wurde. Vielleicht kann man aber auch den Schluß ziehen, daß die Kommunisten die Gefahr erkannt haben, die durch die Verwirklichung ihrer Absichten dem französischen Proletariat drohen. Jedenfalls ist Zeit gewonnen und nicht jede Möglichkeit einer Einigung vernichtet.

Die Unruhen in Aegypten.

Paris, 25. Dezember. (WTB.) Wie „New York Herald“ aus Kairo berichtet, kam es gestern wieder zu Unruhen. Dabei wurden fünf ägyptische Studenten getötet und 20 verwundet.

Kairo, 25. Dezember. (WTB.) Fast die gesamte studierende Jugend ist in den Streik eingetreten. Jaakul Pascha und die anderen verhafteten Nationalisten bleiben in Suez unter militärischer Bewachung, bis eine Entscheidung über ihren zukünftigen Aufenthaltsort getroffen ist.

Paris, 25. Dezember. (WTB.) Wie Havas aus Malta meldet, haben zwei englische Regimenter Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Aegypten bereitzuhalten.

King George ist Montag vormittag nach Cannes abgereist.

Ablehnung der Revision im Prozeß Sacco-Banzetti. Wie aus Raffaschettis Bericht wird, hat der zuständige Gerichtshof die Revision des Prozesses von Sacco und Banzetti abgelehnt. Es handelt sich um zwei anarcho-individualistische Führer der Bergarbeiter Birginiens (Ber. St.), die für die während des großen Streiks im vorigen Sommer vorgekommenen Gewalttaten verantwortlich gemacht und zum Tode verurteilt wurden. Dieser offensichtliche Nachteil der amerikanischen Rechtsprechung war der Anlaß zu heftigen Protestkundgebungen auch in Europa und sogar zu einem Bombenattentat gegen den amerikanischen Botschafter in Paris, Herrick. Unter dem Eindruck dieser Bewegung war eine Revision des Prozesses von den amerikanischen Behörden in Aussicht gestellt worden. Die Verwerfung der Revision könnte sehr wohl die vielfach dem Anarchismus huldigenden italienischen Emigranten in den Vereinigten Staaten zu neuen Repressalien veranlassen.

Wirtschaft

Die Entwicklung der Börsenkurse stand in letzter Zeit unter dem Eindruck der Besserung der Mark. Die Spekulation auf die Schwäche hat naturgemäß nachgelassen. Nach den Indizes der „Frankfurter Zeitung“ haben die Börsenkurse in der letzten Zeit sich gegenüber ihrem Höchststand um etwa ein Viertel ermäßigt. Die nachstehende Tabelle, in der die Kurse von 25 Aktien und einer Zahl inländischer und ausländischer Renten auf eine Wechselschiffel gebracht sind, zeigt ihren jetzigen Stand:

	1920			1921		
	2.1.	31.12.	29.7.	10.11.	9.12.	22.12.
Aktien	7006	15 018	14 907	39 284	28 090	26 855
Inl. Anleihen	826	874	826	881	826	824
Ausl. Anleihen	607	602	610	2 243	1 695	1 702
	9141	16 789	16 838	42 858	80 711	79 481

Setzt man den Kursstand vom 1. Januar 1920 gleich 100, so ergibt sich folgendes Bild:

	1920			1921		
	2.1.	31.12.	29.7.	10.11.	9.12.	22.12.
	100	184	182	463	836	823

Danach stehen die Aktienkurse heute noch immer fast doppelt so hoch wie Ende Juli, ehe die Entwertung der Mark begann. Inländische Anleihen haben in der Zeit der Markbesserung gewonnen.

Groß-Berlin

Der neue Fernsprechartar.

Das teuerste Gespräch: 607,50 M.

Nach dem neuen Fernsprechartar wird vom 1. Januar ein Feuerzuschlag von 80 v. H. erhoben. Den Fernsprechartarnehmern wird durch die Verordnung das Recht eingeräumt, die Einrichtungen, deren Gebühren durch diese Verordnung erhöht werden, bis zum 30. Dezember auf den 31. d. M. zu kündigen. Von dem Feuerzuschlag bleiben frei der einmalige Fernsprechartarbeitrag und die von Fall zu Fall einzuziehenden Kosten. Der 80prozentige Feuerzuschlag wird für genehmigungspflichtige Telegraphenanlagen nach nicht vom 1. Januar ab, sondern erst vom 1. April d. J. ab zur Einziehung gelangen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist bei genehmigungspflichtigen Privattelegraphen der am 17. November festgesetzte Betrag maßgebend.

Nach der Gebührentafel, die dieser Verfügung beigelegt ist, kosten Gespräche in der 1. Zone (bis 3 Kilometer Entfernung) für die Dauer von 3 Minuten 0,45 M. (dringend 1,35 M.), bis 6 Minuten 0,90 M. (dringend 2,70 M.), bis 9 Minuten 1,35 M. (dringend 4,05 M.), bis 12 Minuten 1,80 M. (dringend 5,40 M.) und bis 15 Minuten 2,25 M. (dringend 6,75 M.). Diese Sätze verdreifachen sich in der 2. Zone (bis 15 Kilometer), so daß ein 3-Minuten-Gespräch 1,35 M. und dringend 4,05 M. kostet. Ein 12-Minuten-Gespräch würde also 4,50 bzw. 13,50 M. kosten. In der 3. Zone (bis 25 Kilo-

Der Wiederaufbau in Oppau.

Wirste unserer Zeitgenossen denken heute noch an Oppau. Wer weiß, daß sich an diesem Orte am 21. September eine Tragödie der Arbeit vollzog, die 523 Personen das Leben kostete und 1952 arbeitsame Menschen teils schwer, teils leichter verletzete? Die rasch dahinflutende Zeit läßt Menschen schicksal in Vergessenheit geraten, auch dann, wenn Reichenhügel sich türmen und die Verletzten einer einzigen Sekunde nach Tausenden sich beziffern.

Wenige Wochen nach dem schwarzen Tage ging die Nachricht durch die Presse, die Untersuchung über die Veranlassung des Unglücks sei eingestellt. Wer mochte Interesse an der falschen Nachricht gehabt haben? Die Untersuchung wird fortgesetzt, und von vornherein sei betont, daß aber auch jedem Hinweis über Ursachen des Unglücks usw. mit hohem Ernste nachgegangen wird. Wie könnte, wie dürfte es auch anders sein. Erkennen der Ursachen ist Voraussetzung für Ausweitung des Arbeiterschutzes und das sicherste Mittel gegen Wiederholung gleicher oder ähnlicher Katastrophen. Von der Beantwortung der Frage, wo liegt die Schuld, ist aber auch abhängig die Beruhigung der in der Städtstoffindustrie beschäftigten Arbeiter.

Das Untersuchungsverfahren.

Bekanntlich setzte der Reichstag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, das gleiche tat Bayern. Beide Ausschüsse suchen ihre Arbeiten gemeinsam auszuführen oder doch gegenseitig zu ergänzen. Der Untersuchungsrichter hat auf der Unglücksstelle die Stätte seiner Tätigkeit aufgeschlagen. Mit ihm arbeiten Beamte der Gewerbeaufsicht und der Unfallversicherung. Die vom Verband der Fabrikarbeiter aufgestellte Forderung, daß die Arbeiter und ihre Betriebsvertretung an der Klärung der Sache beteiligt werden, ist erfüllt. Der Arbeiterrat hat das Recht, Zeugen zu vernehmen, deren Aussagen weiterzugeben, nach eigenen Entschlüssen Anforderungen zur Durchführung der Untersuchung zu stellen und Vorschläge zu machen. Wenn man trotzdem bis heute noch zu keinem Ergebnis gekommen, liegt das an der Lücke des Objektes.

Ammonulfalsalpetere, von der Wissenschaft ergrübelt, den Aufbau der Pflanzen zu fördern, die Ernährungsmerkmale anzureichern, den Menschen mehr Brot, dem Vieh mehr Nahrung zu geben, also, das Leben zu fördern, hat Tod und Verderben ausgeplien. Nun müssen die Wissenschaftler forschen und die Arbeiter mit ihrer Erfahrung arbeiten, um auf die Ursachen zu stoßen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß ist nach mehreren Sitzungen, in denen Arbeiter, Direktoren und andere Personen gehört und vernommen, zu dem Ende gekommen, sieben Gutachter aufzufordern, sich in den Dienst der Untersuchung zu stellen. Vom Agrarminister, den Leitern der chemisch-technischen Reichsanstalt, bis zu namhaften Lehrern an deutschen Hochschulen haben alle bereitwillig der Aufforderung Folge geleistet.

Das Urteil der Gutachter.

Im Sitzungssaal des Stadthauses in Ludwigshafen, in voller Öffentlichkeit, unter Beisein des Arbeiterrats und Arbeitern als Zuhörer, in Gegenwart der Direktion, hat der Untersuchungsausschuß die Gutachten entgegengenommen. Die Gutachten sind mündlich ergänzt, die Ergebnisse von Sprengversuchen in der Eisenröhre sind zur Beschichtigung gestellt, das Ganze in freier Aussprache gewürdigt. Aus der Summe der Gutachten erscheint die Schlussfolgerung berechtigt, daß Ammonulfalsalpetere um so explosionsfähiger wird, je mehr es mit Nitrat an gereichert ist. Die entnommenen und untersuchten Proben ergaben unterschiedlich einen Nitratgehalt bis zu 90 Proz. Eine Nitratanreicherung bis zur Hälfte dieser Menge ergibt bereits Explosionsgefahr. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit kann angenommen werden, daß innerhalb der lagernden Massen explosive Nitratminer entstanden sind. Wie sind die entstanden, ist nun die Frage.

meter) werden erhoben für ein 3-Minuten-Gespräch 2,25 M. (dringend 6,75 M.), für ein 6-Minuten-Gespräch 4,50 bzw. 13,50 M. und für ein 15-Minuten-Gespräch 11,25 bzw. 33,75 M. In der 5. Zone (100 Kilometer) steigen die Sätze bereits auf 5,40 bzw. 16,20 M. für das Gespräch von 3 Minuten Dauer, während in der 9. Zone (500 Kilometer) bei 3 Minuten Dauer 16,20 bzw. 48,60 M. gezahlt werden müssen. Das teuerste 3-Minuten-Gespräch ist in der 18. Zone (Entfernungen zwischen 1201 bis 1400 Kilometer) vorgesehen, wo das einfache 3-Minuten-Gespräch 40,50 M. und das dringende Gespräch 121,50 M. kostet. Ein Gespräch zwischen Berlin und München wird also bei einer Dauer von 3 Minuten, nicht dringend 21,60 M., dringend 64,80 M., ein Gespräch nach Manduburg einfach 6,10 M., dringend 24,20 M., ein 3-Minuten-Gespräch nach Köln 18,90 bzw. 56,70 M. kosten. Das teuerste Gespräch aber wird nicht weniger als 607,50 M. kosten. Diese hohe Summe ist für ein dringendes Gespräch von 15 Minuten in der 18. Zone zu zahlen.

Ein Wiedersehen.

In einem Lokal in der Chausseestraße 12 waren acht Männer eingedrungen und hatten ohne jede Veranlassung sofort auf die Gäste eingeschlagen. Als die Polizei erschien, waren die Täter bereits verschwunden. Einer der Gäste wurde durch Messerstiche im Gesicht erheblich verletzt worden und wurde von den Beamten nach der Rettungswache in der Rothringstraße geführt. Als er hier von dem Arzt verbunden wurde, öffnete sich plötzlich die Tür und zwei Männer traten ein, von denen der eine sich Kopfverletzungen verbinden lassen wollte. Der verletzte Gast erkannte beide sofort als Mitglieder der Bande wieder und sie mußten den anwesenden Schutzpolizisten zur Alexanderwache folgen, wo ihre Personalien aufgenommen wurden.

Neuregelung der Werbungskosten.

Keine Sonderstellung der freien Berufe.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin hat eine Verfügung erlassen, die die von ihm im Benehmen mit den zuständigen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden für den Bezirk des Landesfinanzamtes Groß-Berlin getroffenen einheitlichen Wertfestsetzungen für Werbungskosten für bestimmte Berufsgruppen, wie Heimarbeiter, Musiker, Artisten, Filmschauspieler, wissenschaftlich vorgebildete Assistenten, Chemiker usw. aushebt. Für Musiker waren z. B. Einkommensteuerfreie Werbungskosten in Höhe von 35 Proz. bei Stellung eigener Noten 45 Proz. für Schauspieler 35 Proz. für Filmschauspieler (Einzeldarsteller) 25 Proz. für Filmkomparien 15 Proz. vorgesehen, um welche der zehnpromzentige Steuerabzug zu ermäßigen war.

Nachdem das Landesfinanzamt bereits vor einigen Monaten die Werbungskosten für Filmmusiker, Kinomusiker und Filmkomparien aufgehoben hat, ist nun aber generell die Aufhebung aller Werbungskosten, die über die gesetzlichen hinausgehen, ausgesprochen, und zwar mit Wirkung ab

Die Arbeiter nehmen an, mangelhafte Gewissenhaftigkeit bei Berührungen und Mischen der Salze haben das Entstehen der Nitratnester ermöglicht. Die Gutachter neigen zur Annahme, daß Feuchtigkeit eine Auskristallisierung veranlaßt habe. Ein kleiner Kreis der Gutachter ist beauftragt, die Forschungsarbeit fortzusetzen. Die Prebenahme soll von dem Arbeiterrat und dem Beamten der Unfallberufsgenossenschaft, Herrn Ingenieur Ströpel vollzogen werden. Die Untersuchung soll sich dahin erstrecken, ob die Nitratnester durch Lagerung, Witterungseinflüsse oder durch Fehler in der Erzeugung entstehen können. Wird die letzte Frage bejaht, dann gewinnt die Behauptung der Arbeiter Bedeutung, die die Erzeugungsfehler in dem Prämien- und Affordsystem erblicken.

Die Hilfsaktion.

Bis zur vierten Tagung des Untersuchungsausschusses am 5. und 6. Dezember in Ludwigshafen waren eingegangen beim Hilfsausschuß in Berlin 31 529 686 M., beim Hilfsausschuß in Ludwigshafen 36 588 812 M. In diesen Summen liegen 10 Millionen Reichsmark und ein Betrag von der bayerischen Regierung von 5 Millionen Mark. Zur Durchführung der Unterstützung ist das Hilfswerk Oppau bestimmt, dem Vertreter der Gewerkschaften und des Fabrikarbeiterverbandes angehören. Der Staat Bayern hat einen Kommissar eingesetzt, der die Rechte des Bezirksamtes und der Regierung auf dem Gebiete der Baupolizei, des Vollzugs, des Brandchutzgesetzes und des Enteignungsgesetzes in sich vereinigt.

Die Höhe der Unterstützung an die Hinterbliebenen wird nach Sätzen bemessen, die die Amalfabrik für ihre Werksangehörigen übernommen hat, das sind 2000 M. Sterbegeld an Angehörige von Bekehrten, 1500 M. an Angehörige lediger und 50 Proz. des jeweiligen Tariflohnes. Die Verunglückten und Hinterbliebenen solcher, die nicht zum Werke gehören, unterliegen der Zuständigkeit des Staatskommissars. Es besteht die Absicht, die Rente für die Hinterbliebenen auf 80 Proz. des jeweiligen Tariflohnes zu bringen. Die Unfallrenten sollen zum vollen jeweiligen Tariflohn erhöht werden. Nach der Auffassung des Ludwigshafener Ausschusses sollen die eingegangenen Gelder in erster Linie zur Deckung des Personenschadens in Anspruch genommen werden. Dafür sind zurzeit 30 Millionen Mark in Ansatz gebracht.

Verwüstung und Aufbau.

Der Sachschaden ist bislang auf 321 Millionen Mark berechnet worden. Vollständig zerstört sind 312 Haupt- und 366 Nebengebäude. 1450 Gebäude sind beschädigt. Davon sind 76 Wohn- und 177 Nebengebäude bereits wiederhergestellt. 533 Wohn- und 531 Nebengebäude werden zurzeit instand gesetzt. Zur Unterbringung der Personen aus vollständig zerstörten Häusern waren bis zum 6. Dezember 47 große Militärbaracken gebaut, in denen 276 Familien mit 1099 Personen Aufnahme gefunden haben. Der Bau von weiteren 8 großen Militärbaracken ist durch den Zimmererstreik unterbrochen gewesen zu einer Ausnahme haben sich die streikenden Zimmerer nicht verstehen können. Die in Baracken Wohnenden leiden natürlich unter den Unbilden der Witterungsverhältnisse und Jahreszeit. Um die Lage erträglicher zu machen, wurden ihnen Heizmaterialien teilweise umsonst überlassen, daneben haben sie Kartoffeln zu angemessenen Preisen, einzelne Lebensmittel auch kostenlos erhalten.

Der Unglücksfall ist zum größten Teil geräumt. Sprengt wird vom Tage des Unglücks an nicht mehr. Ein neues auf hydraulischem Druck beruhendes Verfahren ist in Anwendung. Behauerlich ist, daß das geänderte Verfahren zur Entsorgung mit so viel Zeit und Geld erkaufte werden mußte. Zur Vinderung des Geldes reichen die eingegangenen Mittel leider nicht aus, mögen die Quellen der Hilfsbereitschaft für die Opfer der Arbeit noch weiter fließen.

Hugust Drey, M. d. R.

1. Januar 1922, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des in Nr. 117 des Reichsgesetzblattes veröffentlichten Lohnsteuergesetzes. Von diesem Zeitpunkt ab dürfen die Arbeitgeber also von dem durch den 10prozentigen Steuerabzug gewonnenen Betrag lediglich die im neuen Lohnsteuergesetz für Werbungskosten vorgesehenen Beträge bei monatlicher Entlohnung 45 M., bei wöchentlicher Entlohnung 10,80 M. und bei täglicher Entlohnung 1,80 M. in Abzug bringen. Der Arbeitgeber ist also nicht mehr berechtigt, von der auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt festgesetzten Jahreseinkommensteuerabzugsmöglichkeit abzugehen.

Verbotene Glücksspiele.

Gegen die Pferdewettenspiele Handicap und die Roulette wird im Ortspolizeibezirk Berlin nunmehr nachdrücklich vorgegangen werden. Es hat sich bei eingehender Prüfung herausgestellt, daß es sich hierbei tatsächlich um Glücksspiele handelt. Unternehmer derartiger Spiele sind hierauf ausdrücklich hingewiesen. Es ist ihnen zugleich eröffnet worden, daß, um Härten zu vermeiden, erst gegen nachgewiesene Spielbetriebe über den 31. Januar 1922 hinaus durch Beschlagnahme der Apparate und Einleitung eines Strafverfahrens wegen Veranlassung öffentlicher Glücksspiele vorgegangen werden würde.

Ein zehnjähriges Bureauhaus soll im Westen Berlins, am Heidelberger und Brabanter Platz, unmittelbar an der Untergrundbahn und der Ringbahn, auf dem von der Reddenburgischen, Detmolder und Brabanter Straße begrenzten städtischen Grundstück unter Beteiligung des Bezirksamtes bzw. der Stadt Berlin errichtet werden.

Eine Änderung der Eisenbahnordnung. Die in der Eisenbahnordnung festgesetzten Beträge werden mit sofortiger Gültigkeit durch eine Verfügung wie folgt erhöht. Die vor einiger Zeit eingeführte Auslieferungsgeld für die gefundenen Gegenstände beträgt bei der Auslieferung am Fundort selbst, also vor Einlieferung des gefundenen Gegenstandes an das Fundbüro oder eine Fundstellenstelle, 2 M. für jedes Stück. In jedem anderen Falle sind als Gebühr 3 M. zu entrichten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Gelesen Friedrichshagen, früher Brauerei Friedrichshagen, eröffnet nach vollständiger Umgestaltung den schönsten Riesenlokal als eine Schenkwirtschaft Berlin. Für den 3. Feiertag und Silvester ist ein Sensationsprogramm erster Bühnenqualität zusammengestellt, und außerdem gibt der beliebteste bayerische Kellner und Stimmungsgeber Georg Obergruber noch sein Schiffskonzert. Jeder Besucher wird sich mit Vergnügen gern der schönen Stunden erinnern, die er an den Festtagen dort verlebte.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
besitz Fabrik, große Auswahl, Verkauf metrisch
Koch & Seeland G. m. H.
Gertraudenstraße 20-21.

Gewerkschaftsbewegung

Beiratsfugung des Malerverbandes.

Der Beirat des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. hielt vom 9. bis 11. Dezember eine Sitzung ab. Der Vorsitzende Streine berichtete über die Geschäftstätigkeit im Jahre 1921 und über die Aussichten für die nächste Zeit. Die ungeheure Wohnungsnot zwingt zur Neubautätigkeit, und die viele Jahre zurückgestellten Erneuerungsarbeiten in Privathäusern und geschäftlichen Unternehmungen müssen dem Malergewerbe Arbeit bringen. Der Verband führte bis zum 1. Oktober außer drei bzw. vier allgemeinen Lohnbewegungen 99 örtliche Lohnkämpfe mit 5468 daran beteiligten Mitgliedern durch, ferner war er an 209 Streiks in der Industrie beteiligt. — Die Zahl seiner Mitglieder beträgt zurzeit 56 671. Damit ist der jemals vorhandene Höchststand wesentlich überschritten. Die finanzielle Lage ist durchaus günstig, doch drängen die Verhältnisse zu einer Beitragserhöhung, um vor allem die Streikunterstützung, aber auch die Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung auf eine angemessene Höhe zu bringen. Zur Frage der Beiträge wurde beschlossen, den auf die Hauptkasse entfallenden Teil vom 1. Februar 1922 an von 3,50 M. die Woche auf 6 M. zu erhöhen. Der Filialbeitrag muß mindestens 1 M. betragen; er ist nach oben unbegrenzt. Die Streikunterstützung wurde um durchschnittlich 70 Proz. die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit um ungefähr 50 Proz. und die Sterbeunterstützung um 33 Proz. erhöht. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde dem allgemeinen gebilligt. Es ist anzunehmen, daß die Beschlüsse, besonders auch die über die Beitragserhöhung, allgemeine Zustimmung finden.

Die Betriebsratswahlen beim Reichspostministerium.

Ueber die vom 15. bis 17. Oktober d. J. stattgefundenen Betriebsratswahlen liegt das endgültige Ergebnis jetzt vor. Gegenüber 1920 ist die Zahl der Wahlberechtigten um etwa 30 Proz. zurückgegangen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahr unzweifelhaft ein erheblicher Prozentsatz Posthalter usw. in das Beamtenverhältnis überführt worden ist, außerdem darauf, daß auf Grund des Betriebsrückganges im Laufe des Jahres umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden sind. Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahre erfreulicherweise stärker als im Vorjahre und beträgt 85 Proz. gegenüber 65 Proz. im Jahre 1920. Eingereicht waren vier Vorschlagslisten, und zwar vom: Deutschen Verkehrsband, Afa-Bund, Gewerkschaftsbund der Angestellten und von der Deutschen Postgewerkschaft. Abgegeben sind insgesamt 65 550 gültige und 1227 ungültige Stimmen. Davon erhielten Gewerkschaftsbund der Angestellten 1181, Afa-Bund 6562, Deutsche Postgewerkschaft (Christl.) 6745 und Deutscher Verkehrsband 51 062. Es gibt noch dieser Wahl keinen einzigen O.B.D.-Bezirk in Deutschland, wo nicht der Deutsche Verkehrsband die überwältigende Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger hinter sich hat. Er hat 36 574 Stimmen mehr erhalten als alle übrigen beteiligten Organisationen. Von 65 550 Stimmen sind 57 624 für die freigewerkschaftlichen Verbände abgegeben worden, nur 7826 erhielten die Christlicher und der O.B.D. Dieses Ergebnis bedeutet für die Christen eine glatte Niederlage. Im Jahre 1920 entsandte der Deutsche Verkehrsband insgesamt 10 Mitglieder in den Betriebsrat, im Jahre 1921 15 Mitglieder, also ein Gewinn von fünf Sitzen im Betriebsrat. Von 17 zu wählenden Mitgliedern für den B.R. entsandten die freien Gewerkschaften 16 Mitglieder.

Der Ausgang der Wahlen beweist, daß der freigewerkschaftliche Gedanke nicht nur bei dem Post- und Telegraphenpersonal Wurzel gefaßt hat, sondern daß er immer mehr Anhänger findet.

Unter Voraussetzung unserer grundsätzlichen Forderungen wurde der Wahlkampf von den freien Gewerkschaften rein sachlich geführt. Von unseren Gegnern, insbesondere den christlichen Gewerkschaften, aber kann das nicht gesagt werden. Wurde doch behauptet, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte die Koalitionsfreiheit unterbinden hätten, daß sie ihr Versprechen nicht haben halten können, daß sie es verstanden hätten, sich persönliche Vorteile zu verschaffen usw. — doch nicht der Schatten eines Beweises wurde dafür erbracht. Das von unseren Gegnern angefochtene Ende des Deutschen Verkehrsbandes läßt in Verbindung mit dem Wahlergebnis auf ein gutes Gedeihen schließen.

Gegen raue aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hauptnagemittel

Besitzer für den deutsch. Teil: Franz Althaus, Berlin-Lichterfelde, für den engl. Teil: Glaxo, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einbinder: J. ...

Bei Nieren-, Blasen- und Frauenleiden, Harnsäure, Eiweiß, Zucker.
1921 - 15000 Bodegasse.

Wildunger Helenenquelle

Schriften und billigste Bezugsquellen durch
Fürst Wildunger Mineralquellen A.-G.
Bad Wildungen 29

Opernhaus
Auser Abonnement
Carmen
7 Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
7 1/2 Uhr

Central-Theater
Das Detektivmäd
Deutsches Opernhaus
Meisters v. Nürnberg
Friedr.-Wilhelms-Th.
Frauenräuber
Istimes Theater
Die große Stadt
Der Schleier
Klein. Schauspielhaus
Reigen
Lustspielhaus
Lustspielhaus
8 Uhr: Hahnenkampf
Stitt. Forderung
Metropol-Theater
7 30 Uhr: Straßensängerin
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Operettenhaus
Schönberg, Hauptst. 144
8 Uhr: Einmal kommt die Stunde ...
3 1/2 Uhr: Schneewittchen
Neues Theater am Zoo
7 1/2 Uhr: Annette
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Gezeiten
Der zerbrochene Krug
Schiller-Th. Charlitz
8 Uhr: Wilhelm Tell
2 Uhr: Die Schmetterlingsnacht
Schloßpark-Th. Steglitz
11 Uhr: Extremale
7 1/2 Uhr: Der gest. Kater
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Schäm' Dich, Lotte
Theat. am Nollendorfpl.
7 1/2 Uhr: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Braut d. Lucullus
Th. d. Kommandant Str.
7 1/2 Uhr: Jankel der Schmied
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Die Spitzenkönigin
Walhalla-Theater
3 1/2 Uhr: Puppendorf
8 Uhr: Jung muß man sein

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
3 1/2 Uhr: Goldsch. Himmel
7 1/2 Uhr:
Mit voll. Segeln
Vorher:
D. Mädchen v. Elzonda

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel
Goitzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8 1/2 Uhr
Vorstellung abendlich!

Metropol
Schönestr. 34
7 1/2 Uhr:
Riesen-Weihnachts-Spielplan

Apollo-Theater
8 Uhr: Theater
Mr. Jam. Klein
Die letzten Tage
Frau Luna
Große Ausstattung
Operette von
Paul Linke
Ab 1. Januar:
Die gewaltige
Variété-Aus-
stattungschau
Rund um die Welt
in 12 Bildern
Der Vorverkauf
ab 10 Uhr
ununterbrochen

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Die große
Revue
Der Herr der Welt
Keine Bühne der
Welt bietet sol-
che Pracht aus-
statt. u. Kam. be-
rühmt. Darstell.
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Wilh. Hartstein
Franz Groß
P. Westermeyer
L. Werkmeister
75 Damen-Ballett!
Vorverkauf
ununterbrochen

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant
im Gespensterschloß
Quecksilber! jedes
Quantum,
kauft Metall-Kontor
John. Alte Jakobstr. 135.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater
Abends 7 Uhr
Der große Premierenerfolg:
Der Frauenräuber
Operette in 3 Akten
mit Cordi Millowitsch a. G.
Dora Frach, Ida Perry, Carl Grünwald, Fritz Langendorff, Theo Lucas,
Alfred Scherzer, Franz Schwaiger
Das Theater ist vollständig renoviert!

WINTERGARTEN
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

CIRCUS BUSCH
Heute Dienstag
2 x 3 und 7 1/2 Uhr
Reise Circus-Sent.
Nachm. 3 Uhr: Das
neue Wagnerschauspiel
Hilf die Berliner
Jugend: Alles
Goldhalt als
Robinson Crusoe
gr. Tierdrama auf
Robinsons Island
1 Kind frei!
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schlange d. Darga
Doff. Werth u. Gircel

8 Uhr
SCAVIA
Internationales
Variété

Metallo
ankaufsstelle
Osten
Grüner Weg 30
zahl. Tauschreise für
**Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.**
Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Gehilfen,
30, Waldemarstraße 61

Billige
Weißweine
Rotweine
Bordeaux
Burgunder
Sekt
Cognac
Punsch
Rum
Arac
sowie
sämtliche in- und
ausländische
Liköre
Süddeutsches
Weinhaus
G. m. b. H.
Weingroßhandlung
Hauptgeschäft:
Leipziger Str. 13
Tel. Nr. 15102 a. 8920
2. Geschäft:
Charlottenstr. 71
Tel. Nr. 7614
3. Geschäft:
Friedrichstr. 64
4. Geschäft:
Charlottenburg
Wilmersdorf, Str. 36
a. Kurfürstendamm,
Stpl. 6416
Verlangen Sie unsere
neueste Preisliste!

Trauringe
billige stets vorrätig am Lager
Trauring-Fabrik Minoga
Berlin O, Grüner Weg 69
Telephon Alex. 2430
FILIALEN:
Berlin S., Dresdener Str. 31
Schönhäuser Allee 89

Kapitän-Kautab
einmal geprobt - immer
gelobt. Feinst. Geschmack.
Ist leicht. Zu kaufen in
B. R. G. u. W. u. W. u. W.
B. R. G. u. W. u. W. u. W.
Generaldirekt. C. Röder,
Berlin, C. R. G. u. W. u. W. u. W.

Poliklinik f. unentgeltliche Beratung
für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten,
Syphilis, Harnröhrenleiden, etc. u. be-
sonders veraltet, etc. nervöse Störungen,
Mannesschwäche, Haarausfall usw. jeden
Dienstag u. Donnerstag 11-1. Dr. med. H.
Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 17,
Rathenower Str. 7a, am Kriminalgericht. Be-
lehrende Broschüre völlig diskret gegen 2 M.
Leiden angeben.

Zahn-Atelier f. modernen Zahnersatz
H. Knapp vorm. Fenker
Sprechstunden 9-1. 2-5, Sonntags 10-12
Kottbuser Damm 70/71. Telephon: Spl. 7827

Silvesterschmelze
Karneval- und Vereinsartikel
in größter Auswahl
Pohl & Weber Nachf.
Spittelmarkt 4-7, 1 Verlangen Sie Preisliste V. 23

Stammesregeln!
Sämtliche Belgaren
wegen vorgerückter
Saison legt zu ganz
bedeutend herabgesetz-
ten, spottbilligen Räu-
mungspreisen! Reine
Verkaufswaren. Spezial-
Verkauf im Ver-
kehrshaus!
Wasser, Schloß, pro
große Auswahl, von
250,- an. Anzahl sehr
preiswert. Blonder,
Alexandrienerstraße 62,
Ede Dresdenstraße.

Verkäufe
Auf Teilszahlung
Herrenanzüge, Cut-
away, Mäntel, Schloß,
Roberte, diatete Ro-
tenanzüge, Reifer
Gottlich, Rollen-
dorfstraße 22, Nähe Rol-
len-
dorfplatz. Geöffnet 9-7.

Reiseführer
Anzüge, Schloß, Mä-
ntel, Herrenanzüge,
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.
Süddeutsches
Weinhaus,
selbst
1000, Kleider, Turm-
straße 38.

Reiseführer
Kleider, Schloß, Mä-
ntel, Herrenanzüge,
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.

Platin
Gold-, Silberbruch
Zahngelisse
pro Zahn M. 20.-
kauft z. reell. Tagespr.
Lemberg
Neukölln, Bergstr. 140
Eintrag Goethestr.
im Laden: tägl. v. 9-7
Fahrgeld wird vergütet
ohne Abzug!

Chiffelongue
100,-, Chiffelongue-
bede 75,-, Metall-
betten 100,-, Kinder-
brodheit, Weide, An-
guststraße 22, Quer-
gebäude, 1832

Wästel-Drucker
Teufelstraße 7, liefert
gegen bequeme An-
zahlung Schloß,
Spiele, Herrenanzüge,
Kleider usw. 1752

Des schloß
Wohnschloß, etc. etc.
mit herrlicher
Blumenziererei, Ge-
genstände, etc. etc.
55-65, Weide Dresden-
straße 125, Rissen 24 bis
48, Weide, etc. etc.
17, etc. etc. etc.
Kleider, etc. etc. etc.
17, etc. etc. etc.
17, etc. etc. etc.

Reiseführer
Kleider, Schloß, Mä-
ntel, Herrenanzüge,
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.

Möbel
Chiffelongue
60,00, Chiffelongue-
bede 75,00 an, wunderbare
Wohnschloß, etc. etc.
Pappelallee 12.
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.

Unterricht
Kaufmännische
Schulung
Strahlenstraße 11,
Sprengelstraße 11, A. Halb-
schulung für das
Kaufmännische
Schulung für Schloß mit
höherer Schulbildung,
Englisch, Französisch,
B. Vierjahreslehre-
gänge: Buchführung,
Rechnen, Schreibelehre,
Scheid- und Buchfüh-
rung, Kurzschrift, Ma-
schinenschreiben, Lehr-
pläne kostenlos.

Fahrräder
Kleider, Schloß, Mä-
ntel, Herrenanzüge,
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.

Arbeitsmarkt
Kleider, Schloß, Mä-
ntel, Herrenanzüge,
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.

Zeitungsaustragen
Kleider, Schloß, Mä-
ntel, Herrenanzüge,
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.

Carl Jacob
Kleider, Schloß, Mä-
ntel, Herrenanzüge,
Kleider, etc. etc. etc.
17-1200. Kleider-
schloß in allen Größen
und Preisen. Reine
Lombardware. Ver-
kauf, Vorhangen-
straße 47, Lichtenberg.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Schloß
teils auf Felde, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche,
enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelfische 400, Biber, Silberfische, Skunka,
Wölfe, Luchse, Sportpelze 800, Gehpelze 1800, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren.